

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(30. - öffentliche - Sitzung am 8. Mai 2019)

Beratungsthemen:

1. **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2426](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

2. **Entwurf eines Gesetzes über dienstrechtliche Vorschriften für landesunmittelbare Sozialversicherungsträger (DRSVG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3196](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen und das Gesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft treten zu lassen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1383](#) neu

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/2461](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 24 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP, AfD

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/358](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3258](#)
- c) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3447](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm die Beratung zu [Drs. 18/3258](#) auf der Grundlage der Vorlage 11 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes auf.

5. **Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1855](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: AfD
Enthaltung: -

6. **Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3261](#)

Der Ausschuss folgte dem Votum des Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Fischereigesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2904](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: AfD
Enthaltung: -

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3014](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 8 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Aufnahme des Staatsziels „Klimaschutz“ in die Niedersächsische Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1396](#)

dazu: Antrag gem. § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1397](#)

Namens der Landesregierung nahm ein Vertreter der Staatskanzlei zu dem Gesetzentwurf Stellung. Der - federführende - Ausschuss bat den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, die Mitberatung zu dem Gesetzentwurf sowie zu dem Antrag durchzuführen.

10. **Niedersachsen soll Vorreiter bei der regelmäßigen Berichtslegung über die Kriminalitätslage werden**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2573](#)

Namens der Landesregierung nahmen eine Vertreterin des Justizministeriums und ein Vertreter des Ministeriums für Inneres und Sport zu dem Antrag Stellung. Auf dieser Grundlage begann der Ausschuss mit der Antragsberatung.